

Das Virus der Aggression

Politisch motivierte Gewalt hat in der Pandemie zugenommen

Seit Beginn der Corona-Pandemie sehen sich politisch Verantwortliche, gerade auf lokaler Ebene, vermehrt Angriffen ausgesetzt: Körperverletzung, Erpressung oder Raub haben deutlich zugenommen. Die Vermutung, dass sich darin Frust über die Pandemiemaßnahmen äußert, liegt nahe – lässt sich aber nicht belegen.

Fabio Ellger

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung wie der Lockdown, die Einführung von Homeoffice und die Schließung von Restaurants und dem Einzelhandel führten dazu, dass viele Menschen zu Hause blieben und selten ihre Wohnung verließen. Das Herunterfahren des öffentlichen Lebens hatte auch direkte Auswirkungen auf die Kriminalitätsrate in Deutschland, wie ein Bericht des Bundeskriminalamts (BKA) zu den Auswirkungen von Covid-19 auf die Kriminalitätssituation in Deutschland zeigt. Die Anzahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Straftaten ist im Jahr 2020 um 2,3 Prozentpunkte gesunken. Damit ist Deutschland kein Einzelfall: Eine Reihe sozialwissenschaftlicher und ökonomischer Studien bestätigen, dass es in vielen Ländern zu Beginn der Pandemie einen signifikanten Rückgang der allgemeinen Kriminalität gab. Insbesondere Delikte im öffentlichen Raum wie Diebstahl, Raub oder Körperverletzung, nahmen während der ersten Lockdowns deutlich ab. Ein Teil dieser Studien zeigt auch, dass der Rückgang vor allem mit der Schärfe der Restriktionen zusammenhängt. Antizipationseffekte, also eine Verringerung von Straftaten schon vor dem Einsetzen der Beschränkungen, spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Anders sieht das Bild allerdings aus, wenn es um Straftaten gegen politische Repräsen-

tant:innen in Deutschland geht. Verlässliche Angaben über die Anzahl dieser Straftaten entstammen der Statistik des Bundeskriminalamts, die alle Fälle politisch motivierter Krimi-

„Pandemiebedingte Maßnahmen könnten Gegner der Maßnahmen radikalisieren und zu Gewalttaten antreiben“

nalität (PMK) erfasst, die der Polizei in den Bundesländern gemeldet werden. Für jede Straftat werden nach einem standardisierten Schema die Motivation der Täter:innen und andere wichtige Informationen erhoben. Und für diese Straftaten ist 2020 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, nämlich etwa 9 Prozent im Vergleich zum Jahr vor der Pandemie.

Wie ist dieser Trend zu erklären? Denkbar wäre, dass auch hier die Pandemiemaßnahmen die Ursache sind. Denn während Lockdowns und andere Einschränkungen die Kriminalität im öffentlichen Raum reduzieren, könnten sie Gegner der Maßnahmen radikalisieren und zu Gewalttaten antreiben. Diese Erklärung wird beispielsweise im Corona-Bericht des Bundes-

kriminalamts angedeutet. Zur möglichen Ursache der erhöhten politischen Kriminalität heißt es dort: „Die politischen Maßnahmen zur Eindämmung des pandemischen Geschehens können in Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen und die Unzufriedenheit mit Regierungen erhöhen. Dies kann Straftaten wahrscheinlicher machen, die sich (auch) als Ausdruck von Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Repräsentant*innen verstehen lassen.“ Und nicht nur das BKA stellt die Einschränkung durch politische Maßnahmen als mögliche Hauptursache in den Mittelpunkt. Auch in den Medien und der öffentlichen Debatte wurden Straftaten oft als Reaktion auf die Einschränkungen verstanden, zumal Umfragen zeigten, dass im Verlauf der Pandemie etwa ein Drittel aller Befragten die Corona-Maßnahmen als zu weitreichend ansahen und deswegen ablehnten.

Um diese Vermutung zu überprüfen, habe ich alle Straftaten der PMK-Statistik zwischen Januar 2020 und März 2021 zusammengefasst und sie basierend auf dem Straftatbestand klassifiziert. Insbesondere schaue ich mir schwerwiegende Angriffe gegen politische Repräsentant:innen an. Dies sind beispielsweise Fälle von Körperverletzung, Nötigung, Erpressung oder Raub. Ich wollte wissen, ob die Straftaten eine direkte Reaktion auf bestehende Pandemiemaßnahmen sind.

Für meine Analysen nutze ich den Umstand, dass viele der wichtigsten Restriktionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in verschiedenen Teilen des Landes implementiert worden sind. Da Restriktionen häufig an lokale Inzidenzzahlen geknüpft wurden, kam es im Beobachtungszeitraum selbst innerhalb eines Bundeslandes zu unterschiedlichen Regelungen zwischen einzelnen Kommunen. Neben den

„In Gegenden mit strikteren Maßnahmen kommt es nicht zu mehr Angriffen als in anderen Teilen des Landes“

privaten Kontaktbeschränkungen beachte ich auch andere wichtige Maßnahmen. Dazu gehören die Einsetzungen von Maskenpflicht, Ausgangssperren, Kontaktverbote im öffentlichen Raum sowie Schließungen in der Gastronomie,



Fabio Ellger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sein Interesse gilt der Vergleichenden Politikwissenschaft und dem politischen Verhalten in etablierten Demokratien. fabio.ellger@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Hotellerie und im Einzelhandel. Mit statistischen Analyseverfahren, die unter anderem auch die örtliche Anzahl an Covid-Erkrankten und strukturelle Unterschiede zwischen den Bundesländern berücksichtigen, lässt sich der Einfluss von Maßnahmen auf Angriffe gegen Politiker:innen abschätzen. Dabei werden Unterschiede auf der Landkreisebene untersucht.

Das Ergebnis ist überraschend: Meine Analyse von Angriffen gegen Politiker:innen zeigt, dass keine einfache Ursache-Wirkungsbeziehung zwischen Corona-Maßnahmen und politischer Gewalt existiert. Denn in Gegenden mit strikte-

„Ein substanzieller Teil der Bevölkerung scheint für Verschwörungsmythen grundsätzlich empfänglich zu sein“

ren Maßnahmen kommt es nicht zu mehr Angriffen als in anderen Teilen des Landes. Offensichtlich lassen sich Täter:innen nicht von rationalen Überlegungen leiten. Ob eine Maßnahme tatsächlich lokal implementiert wird oder nicht, spielt für die Häufigkeit der Angriffe keine Rolle. Stattdessen scheinen diffuse Ängste, irrationale Verschwörungsmythen und die daraus resultierende individuelle Radikalisierung wichtiger zu sein, wenn man die Zunahme an Angriffen gegenüber Repräsentant:innen besser verstehen möchte.



Proteste gegen das neue Infektionsschutzgesetz vor dem Brandenburger Tor in Berlin im November 2020. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat die Aggression in der Gesellschaft zugenommen. Fabio Ellger fragt, welche Rolle dabei konkrete Maßnahmen spielen.
Foto: © Sebastian Wells/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

Nicht zuletzt die Gründung der „Querdenken“-Bewegung zeigt, dass Verschwörungsmythen und irrationale Ängste stark zur gesellschaftlichen Polarisierung in der Pandemie beigetragen haben. Auch wenn es nur wenig verlässliche Daten zu dieser radikalisierten Gruppe gibt, legen Umfragen nahe, dass etwa eine/r

„Linksextreme Täter:innen befürworten die Maßnahmen eher als Teil von gesellschaftlicher Solidarität“

von zehn Befragten die Existenz von Corona grundsätzlich infrage stellt. Ein substanzieller Teil der Bevölkerung scheint für Verschwörungsmythen grundsätzlich empfänglich zu sein, sodass die zunehmende Gewalt nicht unbedingt nur durch Protest gegen die tatsächlich eingeführten Maßnahmen erklärt werden könnte.

Meine Analysen zeigen, dass in den von der Maskenpflicht, den Ausgangssperren oder an-

deren Maßnahmen betroffenen Regionen nicht mehr Repräsentant:innen attackiert werden als in Landkreisen ohne Einschränkungen. Die Zahl der Angriffe insgesamt steigt in diesem Zeitraum an, aber nicht nur in von Pandemierestriktionen betroffenen Regionen. In weitergehenden Analysen kann ich feststellen, dass nur eine Art von politisch motivierter Kriminalität direkt nach der Einführung von Maßnahmen zurückgeht: In Landkreisen mit Corona-Einschränkungen sind Straftaten aus dem linksextremen Spektrum signifikant gesunken. Für rechtsextreme Taten sieht das Muster anders aus, sie steigt in Regionen mit oder ohne Restriktionen gleichermaßen an. Diese Befunde entsprechen auch der allgemeinen Wahrnehmung der Radikalisierung rund um die Pandemie. Zwar bezeichnet das BKA Corona-Kritiker:innen als Teil einer „Mischszene“, die sich nicht eindeutig einem politischen Lager zuordnen lässt. Allerdings zeigt sich laut dem Bericht auch, dass die rechtsextreme Szene starken Anschluss an den zivilen Protest gegen die Pandemie sucht, um diesen für eigene Ziele zu instrumentalisieren. Dabei richtet sich der Protest aus der Querdenken-Bewegung nicht gegen konkrete Einschränkungen, sondern mobilisiert basierend auf irrationalen Ängsten. Auf

der anderen Seite befürworten linksextreme Täter:innen die Maßnahmen eher als Teil von gesellschaftlicher Solidarität und sind weniger

„Für zukünftige Erklärungsansätze sollte mehr Augenmerk auf individuelle Faktoren der Radikalisierung gelegt werden“

aktiv, wenn in einer Region konkrete Kontakt-einschränkungen existieren.

Insgesamt kann also die direkte Betroffenheit durch Restriktionen während der Pandemie nicht als die Hauptursache für steigende Angriffe auf Repräsentant:innen des demokratischen Systems gelten. Solche Erklärungsansätze schreiben Täter:innen eine Rationalität zu, die sich in den polizeilich erfassten Daten zu Gewalt gegen Politiker:innen nicht wiederfinden lässt. Für zukünftige Erklärungsansätze sollte mehr Augenmerk auf individuelle Faktoren der Radikalisierung gelegt werden. In einer polarisierten Gesellschaft reichen vermutlich schon Verschwörungsmythen oder die Angst vor hypothetischen weitreichenden Einschränkungen als Motiv, lokale Politiker:innen anzugreifen.

Literatur

Abrams, David S.: „COVID and Crime: An Early Empirical Look“. In: Journal of Public Economics, 2021, Jg. 194, Februar, 104344.

Bundeskriminalamt: Auswirkungen von COVID-19 auf die Kriminalitätsslage in Deutschland. 17. August 2021, Online: <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/CovidAuswirkungen/covidAuswirkungen.pdf> (Stand 02.06.2022).

Die Bedeutung dieser Befunde für den Umgang mit der Radikalisierung rund um die Pandemie ist zwiespältig. Zum einen sollten sich lokale Entscheidungsträger:innen bei der Umsetzung von Maßnahmen nicht von Angst vor möglichen Racheakten leiten lassen. Sie können ihren Entscheidungsspielraum nutzen und auch schwerwiegende Maßnahmen durchsetzen, ohne direkte Vergeltung befürchten zu müssen. Denn ob in einem Landkreis Restriktionen implementiert werden oder nicht, hat keine Auswirkung auf die Wahrscheinlichkeit eines schwerwiegenden Angriffs.

Gleichzeitig sind politische Eliten während Corona im Allgemeinen mehr Gewalt ausgesetzt. Insbesondere für lokale Repräsentant:innen, die sich auf keinen professionellen Sicherheitsapparat stützen können, kann dieser Druck negative Konsequenzen haben – bis hin zum Rückzug aus der Politik. Somit untergräbt politische Gewalt faire und demokratische Repräsentation. Dem entgegenzuwirken, ist eine große Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft. Denn wenn Täter:innen nicht aus rationalen Beweggründen handeln, lässt das Ende der Pandemiemaßnahmen alleine nicht auf einen Rückgang der gesellschaftlichen Polarisierung hoffen. ●

Ehrhardt, Christian: Attacken auf Kommunalpolitiker in der Corona-Pandemie weiter gestiegen. Kommunal, 27. April 2021. Online: <https://kommunal.de/attacken-kommunalpolitiker-corona> (Stand 02.06.2022).

Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Discussion Paper ZZ 2021-601. Berlin WZB 2021.